

Das 130-Milliarden-Konjunkturpaket steht: Mehrwertsteuer wird gesenkt, Bonus für Familien

Union und SPD haben sich geeinigt: Bürger und Unternehmen sollen unter anderem beim Strompreis entlastet werden, eine Kaufprämie für Verbrenner gibt es dagegen nicht.

Das sind die wichtigsten Punkte:

- Die **Mehrwertsteuer** wird befristet gesenkt. Vom 1. Juli an bis zum 31. Dezember 2020 soll der Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf 16 Prozent und für den ermäßigten Satz von sieben Prozent auf fünf Prozent gesenkt werden. Der Finanzbedarf wird mit 20 Milliarden Euro angegeben.
- Als steuerlicher Investitionsanreiz wird eine degressive Abschreibung für Abnutzung mit dem Faktor 2,5 gegenüber der derzeit geltenden AfA und maximal 25% Prozent pro Jahr für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in den Steuerjahren 2020 und 2021 eingeführt.
- Der steuerliche Verlustrücktrag wird – gesetzlich – für die Jahre 2020 und 2021 auf maximal 5 Mio. Euro bzw. 10 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung) erweitert. Es wird ein Mechanismus eingeführt, wie dieser Rücktrag unmittelbar finanzwirksam schon in der Steuererklärung 2019 nutzbar gemacht werden kann, z. B. über die Bildung einer steuerlichen Corona-Rücklage.
- Um die Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu verbessern, wird das Körperschaftsteuerrecht modernisiert: u.a. durch ein Optionsmodell zur Körperschaftsteuer für Personengesellschaften und die Anhebung des Ermäßigungsfaktors bei Einkünften aus Gewerbebetrieb auf das Vierfache des Gewerbesteuer-Messbetrags.
- Familien bekommen einen **Kinderbonus** von einmalig 300 Euro pro Kind, der mit dem Kindergeld ausgezahlt werden soll.
- Bürger und Unternehmen sollen außerdem in der Krise bei den **Stromkosten** entlastet werden. Dafür soll die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostromanlagen ab 2021 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt abgesenkt werden. So soll die EEG-Umlage im Jahr 2021 bei 6,5 Cent pro Kilowattstunde und im Jahr 2022 bei 6,0 Cent pro Kilowattstunde liegen.
- Zusätzliche Unterstützung in Milliardenhöhe soll es für Branchen geben, die von der Corona Krise besonders belastet sind. Geplant sind „**Überbrückungshilfen**“ im Umfang von maximal 25 Milliarden Euro.
- Für **Zukunftsinvestitionen** sind 50 Milliarden Euro vorgesehen, unter anderem zur Förderung von **E-Autos** und für mehr Ladestationen. Eine Kaufprämie für abgasarme Benziner und Dieselaautos findet sich in dem Paket dagegen nicht. Für Elektroautos sind allerdings deutlich höhere Prämien vorgesehen.
- Im Rahmen einer „Sozialgarantie 2021“ sollen die **Sozialversicherungsbeiträge** bei maximal 40 Prozent stabilisiert werden, indem Defizite aus dem Bundeshaushalt gedeckt werden – jedenfalls bis zum Jahr 2021.